

Rechte Gewalt verharmlost

Unter den Augen von Polizisten: Hooligans attackierten Antifaschisten in Essen

Markus Bernhardt

Die nordrhein-westfälische Polizei hat sich am Sonntag zum wiederholten Mal von extrem rechten Gewalttätern überrumpeln lassen. Zuvor hatten diese an einem erneuten Aufmarsch des rassistischen Netzwerks »Hooligans gegen Salafisten« (Hogesa) in Essen teilgenommen. Insgesamt rund 220 Rechte nahmen an besagter Demonstration teil. Rund 100 von ihnen sollen im Anschluss an den Aufmarsch Teilnehmer von Gegenprotesten mit Flaschen und Stühlen, Reizgas und Schlaginstrumenten attackiert haben. In letzter Sekunde konnten sich die Antifaschisten in einem Ladenlokal verschanzen. Die eingesetzte Polizei verharmloste die gewalttätigen Auseinandersetzungen in einer Presseerklärung. Sie sprach lapidar von einem »Aufeinandertreffen zwischen Teilnehmern der Hogesa- und der Bündnis-Versammlung, in dessen Verlauf es trotz Anwesenheit der Polizei zunächst zu Provokationen und dann auch zu Straftaten kam«. Es gab zwei Verletzte.

Die Polizei zeigte sich trotzdem »mit dem Einsatzverlauf zufrieden«. »Beide Versammlungen liefen friedlich und ohne besondere Vorkommnisse ab«, so der Einsatzleiter, Polizeidirektor Jürgen Lui. Schließlich könne »die Auseinandersetzung während der Abreise« den »Versammlungsleitern nicht zugerechnet werden«, so die Einschätzung der Einsatzkräfte.

Das antifaschistische Bündnis »Essen stellt sich quer« warf den Beamten hingegen vor, die Gefahrenlage »grundsätzlich falsch eingeschätzt« zu haben. Ähnlich äußerten sich auch Vertreter der Linkspartei, die während der Proteste gegen den Hogesa-Aufmarsch vor Ort waren. »Der Angriff, bei dem nur durch Glück niemand schwer verletzt worden ist, zeigt, dass die Essener Polizei die Gefahr massiv unterschätzt hat. Dies ist ein Skandal, da man durch ähnliche Aufmärsche in Hannover und Köln hätte vorgewarnt sein müssen«, kritisierte der Linke-Bundestagsabgeordnete Niema Movassat.

Ezgi Güyildar, die für die Linkspartei im Rat der Stadt Essen sitzt und selbst Opfer des Angriffs wurde, bezichtigte die Essener Polizei, die Unwahrheit über die Geschehnisse zu verbreiten. »Es ist eine Lüge der Polizei Essen, von einem ›Aneinandergeraten der Rechten und Linken‹ oder ›verbale Aufschaukeleien‹ zu sprechen, während gewalttätige Hooligans friedliche Gegendemonstranten mit Schlagstöcken und stühlerwerfend bis in Gaststätten verfolgen, bevor die Polizei überhaupt eingreift«, kritisierte sie. Unter den angegriffenen Neonazigegnern hätten sich zudem »mehrere alte Menschen und Kinder« befunden. Auch in dem Lokal »versuchten die Nazis uns bewaffnet anzugreifen, eine Scheibe ging zu Bruch«, berichtete Güyildar. »Es ist genau das passiert, was wir vorausgesagt hatten. Die Polizei war unglaublich überfordert, dies haben wir am eigenen Leib zu spüren bekommen«, so die Linke-Politikerin weiter. In der Konsequenz forderte sie die Polizei auf, »ihre Falschmeldung unverzüglich zu korrigieren«.

Ralf Michalowsky, Landessprecher der NRW-Linkspartei, übte auch Kritik an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), die am Montag ihr Kabinett umgebildet hatte. Kraft sei nur »halbherzig« vorgegangen, so Michalowsky, da sie ihren »glücklosen Innenminister übersehen« habe. Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) habe »am Wochenende mal wieder gezeigt, dass er – wie bei den ersten Hogesa-Demonstrationen – nicht in

der Lage ist, Einsätze der Polizei zu steuern«.

Im Oktober 2014 gab es einen vom Hogesa-Netzwerk in Köln veranstalteten Großaufmarsch von über 5.000 rechten Gewalttätern. Damals war es zu Ausschreitungen der Rassisten in der Domstadt gekommen, die schon bei der Anreise Jagd auf vermeintliche Migranten und Antifaschisten gemacht hatten (*jW* berichtete). Die Polizei, die damals mit lediglich rund 1.300 Einsatzkräften vor Ort war, hatte sichtlich Mühe, den aufgeheizten Mob in Schach zu halten.

Für den 25. Oktober haben die Rechten einen weiteren Aufmarsch in der Domstadt angekündigt. Dieser steht diesmal unter dem Motto »Der gleiche Ort – Die gleiche Demoroute – Die gleiche Uhrzeit – Köln 2.0«. Antifaschistische Organisationen rufen dazu auf, das braune Treiben zu verhindern.

<http://www.jungewelt.de/2015/09-22/022.php>